

DOI: 10.5771/0342-300X-2023-1-73



LUTZ BELLMANN/
WENZEL MATIASKE (HRSG.)
SOZIO-ÖKONOMIK
DER CORONA-KRISE
JAHRBUCH ÖKONOMIE
UND GESELLSCHAFT,
BAND 33

metropolis Verlag,
Marburg 2022

ISBN 978-3-7316-1487-6
354 Seiten, 34,80 €

© WSI Mitteilungen 2023
Diese Datei und ihr Inhalt sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und Verwertung (gewerbliche Vervielfältigung, Aufnahme in elektronische Datenbanken, Veröffentlichung online oder offline) sind nicht gestattet.

BESPROCHEN VON

Werner Widuckel ist Professor für Personalmanagement und Arbeitsorganisation an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Zweifelsfrei ist die Corona-Pandemie eine schwerwiegende gesellschaftliche Herausforderung, die institutionelle Arrangements, ökonomische Prozesse und Potenziale sowie Lebensverhältnisse und soziale Beziehungen massiv unter Druck gesetzt hat und weiterhin setzt. Insofern kann die Pandemie als ein Phänomen gedeutet werden, dessen „Totalität“ keinen gesellschaftlichen Lebensbereich unberührt lässt. Der Band 33 des bei metropolis erscheinenden „Jahrbuchs Ökonomie und Gesellschaft“ greift unter dem Titel „Sozio-Ökonomik der Corona-Krise“ unter der Herausgeberschaft von Lutz Bellmann und Wenzel Matiaske diese Themenstellung jetzt umfassend auf. Nach einer Einleitung der Herausgeber werden die sozio-ökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie in insgesamt 14 Beiträgen beleuchtet und analysiert. Das Gros der präsentierten Untersuchungen bezieht sich auf einen Zeitraum zwischen dem Beginn der Pandemie und etwa der Mitte des Jahres 2021.

Als sehr instruktiv erweisen sich die über den deutschen Tellerrand hinausschauenden und um europäische Erfahrungen erweiterten Analyseperspektiven, die der Band präsentiert. So stellen *Eiffe*, *Weber*, *Adascalitei* und *Hurley* (S.15–42) mit Blick auf die Beschäftigungsentwicklung unter Pandemiebedingungen einerseits Differenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten fest, die aufgrund unterschiedlicher Branchen- und Sozialstrukturen, institutioneller Rahmenbedingungen und Ausgestaltung von Arbeitsmarktinstrumenten auch erwartbar waren. Sie konstatieren ferner, dass das von der Europäischen Kommission initiierte Programm SURE (temporary Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency) sich als Ko-Finanzierungsinstrument für Kurzarbeit in der EU insgesamt bewährt und einen wirksamen Beitrag zur Abfederung von negativen Beschäftigungsfolgen geleistet habe. Zudem zeigen die Autor*innen die positive Wirkung stabiler Kooperationsstrukturen zwischen betrieblichen und tariflichen Sozialpartnern auf. An diese Befunde schließt der Beitrag von *Schulten* und *Müller* an, der die Nutzung von Kurzarbeit in der Europäischen Union analysiert und hierbei ebenfalls die Wirksamkeit von SURE betont (S. 69–90). Deutlich wird darüber hinaus, dass das grundsätzlich effektive Instrument der Kurzarbeit nicht alle Beschäftigtengruppen in gleicher Weise schützt. Als problematisch erweisen sich zudem der von *Eiffe* et al. als „digitale Spaltung“ benannte ungleich verteilte Zugang zur Arbeit im Homeoffice sowie eine eher spärliche Verknüpfung von Kurzarbeit mit Weiterbildung.

Auch *Tamesberger*, der die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in der Pandemie untersucht, behandelt dieses Thema in einer europäisch vergleichenden Perspektive (S.111–138). Er zeigt, dass es innerhalb der 27 EU-Länder gravierende Unterschiede in der Stärke des wirtschaftlichen Einbruchs und der Ausgestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen gibt, die bestimmend für das Ausmaß der pandemiebedingten Jugendarbeitslosigkeit waren. Mit der „Europäischen Jugendgarantie“ sei aller-

dings ein politischer Impuls in der EU gesetzt worden, der die Bekämpfung bzw. Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit unterstützt habe. Dennoch zeigt auch die Analyse zur Jugendarbeitslosigkeit die Gefahr einer sich vertiefenden sozialen Spaltung zwischen den Ländern der EU sowie zwischen Jugendlichen mit unterschiedlichen sozialen und bildungsbezogenen Voraussetzungen.

Wie die Betriebe in Deutschland die Beschäftigung den Pandemiebedingungen angepasst haben, untersuchen – differenziert nach Branchen und Betriebsgrößen – *Hohendanner* und *Möller* (S.43–67). Ihrer Analyse zufolge dominieren Maßnahmen interner Flexibilisierung (Überstundenabbau, Reduzierung von Einstellungen, Kurzarbeit) – ein Trend, der allerdings weder für „Randbelegschaften“ (Leiharbeiter*innen, geringfügig Beschäftigte, freie Mitarbeiter*innen) gilt noch die Beschäftigung in Branchen mit Nachfrageeinbrüchen und Liquiditätsproblemen stabil halten konnte. Damit schält sich als Befund eine Trennung zwischen sozial gesicherten Beschäftigten und ausgeschlossenen Gruppen (z. B. atypisch Beschäftigte) heraus. Diese Kluft zwischen „Insidern“ und „Outsidern“ wird auch von *Graeber*, *Kritikos* und *Seebauer* speziell mit Blick auf die Auswirkungen der Pandemie auf Selbstständige thematisiert (S.139–165). Sie zeigen, dass Selbstständige insgesamt weit stärker als abhängig Beschäftigte von den Beschäftigungsrisiken der Pandemie betroffen sind und dass zudem die negativen Auswirkungen für als Selbstständige arbeitende Frauen nochmals gravierender sind als für Männer. Dies gilt sowohl mit Blick auf die Stabilität der Selbstständigkeit als auch für die krisenbedingten psychischen Folgen.

Gesundheitliche Folgen behandeln auch *Gerlmaier*, *Heilmann* und *Kümmerling* sowie *Tisch* und *Sommer*. *Gerlmaier* et al. (S.167–192) diskutieren die Herausforderungen der Pandemie für die menschengerechte Gestaltung der Arbeit. Hierbei stehen die Gestaltung des Infektionsschutzes, digitaler Arbeit und die Entwicklung von Arbeitszeiten im Vordergrund. So werden Differenzen im Grad möglicher Gefährdungen erkennbar, denen mit unterschiedlicher Intensität und Breite in den Betrieben begegnet worden ist, wobei die Betriebsgröße sowie die Qualität der Kooperation zwischen Arbeitgebern und Betriebsräten einen Einfluss zu haben scheinen. Insgesamt stellen die Autor*innen jedoch auch einen Mangel an empirischen Befunden zu den belastungs- bzw. beanspruchungsbezogenen Wirkungen der Pandemie fest. *Tisch* und *Sommer* steuern zu diesem Themenbereich eine eher zuversichtliche Einschätzung bei. Sie konstatieren nicht nur neue Herausforderungen für den Arbeitsschutz durch die Pandemie, sondern sehen anhand von empirischen Befunden branchenübergreifend deutliche Anzeichen für seinen Bedeutungszuwachs (S.227–246).

Die Entwicklung betrieblicher Weiterbildung ist das Thema des Beitrags von *Kruppe*, *Lang* und *Leber* (S.91–109). Auf Basis der hochfrequenten Betriebsbefragung zur Covid-19-Krise des Instituts für Arbeitsmarkt- und Be-

rufsforschung (IAB) lautet ihr Befund, dass eine um 50 % rückläufige Teilnehmerquote an betrieblicher Weiterbildung zu verzeichnen ist. Gleichzeitig öffnete sich die „Weiterbildungsschere“ weiter, sodass vor allem die Beschäftigtengruppen mit ohnehin höheren Bildungsabschlüssen und in besseren beruflichen Positionen an Weiterbildung partizipieren. Dieser Befund dämpft die Hoffnungen auf eine insgesamt stärkere Nutzung von unterschiedlichen Formen der Weiterbildung während der Kurzarbeit. Unsichere Zukunftserwartungen, organisatorische Hindernisse zur Abstimmung von Zeiten der Weiterbildung und Arbeit haben diesem Ansatz Grenzen gesetzt. Nach zusätzlichen Befunden des IAB-Betriebspanels sind es insbesondere größere Betriebe, die verstärkt auf E-Learning setzen.

Die Entwicklung der Arbeitszeiten während der Pandemie steht im Zentrum des Beitrags von *Backhaus* (S. 193–225). Er konstatiert zwei gegenläufige Muster bei der Arbeitszeitentwicklung: Einerseits verkürzen unter Pandemiebedingungen die Ausweitung von Kurzarbeit und der Abbau von Mehrarbeit die Arbeitszeit. Andererseits sind unter den Bedingungen von Homeoffice sowie Fachkräftemangel auch Entwicklungen zu verlängerten und entgrenzten Arbeitszeiten zu beobachten. Besondere Belastungen bzw. Beanspruchungen werden v. a. in versorgungsrelevanten Berufsgruppen sichtbar (insb. Gesundheitswesen, Verkehr und Lagerei, Handel, Öffentlicher Dienst). Auffällig sind zudem Verschiebungen bei der Lage der Arbeitszeit aufgrund von Betreuungsaufgaben (Kinder, Pflege von Angehörigen). Somit hat die Veränderung der Arbeitszeit einen erheblichen Stellenwert und geht vielfach mit zusätzlichen Belastungen bzw. Beanspruchungen einher.

Die Nutzung von Homeoffice analysiert *Bellmann* und kann anhand von Ergebnissen der hochfrequenten Betriebsbefragung des IAB zur Covid-19 Krise und weiteren Befunden die Ausweitung dieser Arbeitsform belegen. Dieser Befund überrascht nicht. Spannend jedoch sind die gleichfalls untersuchten möglichen Zukunftsperspektiven: So zeichnet sich ab, dass ein „Rückfall“ des Verbreitungsniveaus von Homeoffice auf das Niveau vor der Corona-Pandemie kaum zu erwarten ist, wobei sich die Potenziale der künftigen Homeoffice-Nutzung interessanterweise eher nach Betriebsgrößen als nach der tatsächlichen Eignung der jeweiligen Tätigkeiten zu unterscheiden scheinen. Insgesamt lassen die Befunde einen deutlichen Trend zur dauerhaften Verfestigung hybrider Arbeitsformen erwarten, in denen abwechselnd von zu Hause und im betrieblichen Büro gearbeitet wird (S. 247–265).

Seifert und *Matiaske* geben einen Ausblick auf die mögliche zukünftige Bedeutung von *Co-Working Spaces* (CWS). Insgesamt machen die Autoren einen Trend zur weiteren Verbreitung von CWS aus, der auch ländliche Regionen und hierbei zunehmend abhängig Beschäftigte betrifft, die derartige Arbeitsorte schätzen würden, um Pendelzeiten einzusparen und dennoch die Trennung

von Arbeits- und Privatsphäre aufrechtzuerhalten. Dies wirft weiterführende Fragen zur Bedeutung von CWS für die Attraktivität ländlicher Räume und einem möglichen kommunalen Engagement für deren Verfügbarkeit auf (S. 267–282).

Die Auswirkungen der Pandemie auf Familien untersucht *Boll* und zeigt anhand eines umfangreichen Settings empirischer Befunde sehr unterschiedliche, v. a. belastende Wirkungen auf (z. B. Betreuung von Kindern, Pflege von Angehörigen, finanzielle Sorgen, häusliche Gewalt). Deutlich wird, dass Familien mit schlechten finanziellen Voraussetzungen bzw. Familien, die aufgrund der Krise von negativen finanziellen Auswirkungen betroffen sind, auch insgesamt in psychischer und sozialer Hinsicht am stärksten belastet worden sind und unter den Auswirkungen der Pandemie gelitten haben. Für die Zukunft der häuslichen Arbeitsteilung nach der Pandemie erwartet *Boll* allerdings keinen dauerhaften Rückschritt im Sinne einer Re-Traditionalisierung zulasten der Frauen. Vielmehr hält *Boll* die Anknüpfung an die – wenn auch langsame – vorpandemische Entwicklung hin zu einer besser ausgewogenen Verteilung der Familien- und Hausarbeit für wahrscheinlicher (S. 283–312).

Die Bedeutung von Schulschließungen und unterstützenden pädagogischen sowie infrastrukturellen Angeboten für Schüler*innen zeigen *Bogedan* und *Richterling* am Beispiel des Landes Bremen auf (S. 313–334). Ihre Befunde zum Zusammenhang von Kompetenzentwicklung und Unterrichtsausfällen legen den Schluss nahe, dass angepasste Lernstrategien, soziale Unterstützung und eine Abkehr von pauschalen Schulschließungen den Kompetenzerwerb in der Pandemie unterstützt haben.

Im abschließenden Beitrag mahnt *Schmid* eine Neujustierung des Instruments der Kurzarbeit an, da dieses auf das sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis abziele und damit relevante Beschäftigtengruppen überhaupt nicht schützen könne (S. 335–350).

Zusammenfassend vermitteln die Beiträge einen umfassenden, differenzierten und sehr fundierten Einblick in sozio-ökonomische Wirkungen der Corona-Pandemie. Übergreifend kann aus den Erkenntnissen abgeleitet werden, dass institutionelle Arrangements und die Qualität der Kooperation zwischen den Tarif- und Betriebsparteien einen wesentlichen Einfluss auf die Bewältigung der Pandemie haben. Zudem wird die Relevanz von europäischen Rahmenbedingungen überzeugend belegt. Gleichzeitig muss die wiederholt dargelegte Tiefe sozialer Spaltungen auch zu einem kritischen Urteil über Strategien zur Pandemiebewältigung führen. Dies gilt umso mehr, als Krisen immer stärker zu einem Regelzustand zu werden scheinen. Gerade aus diesem Grund eignet sich dieser Band für betriebliche, tarifliche und politische Praktiker*innen wie für Wissenschaftler*innen gleichermaßen zur Lektüre. ■